

# Initiativflut!

Vier Mal im Jahr werden wir an die Urne gerufen. Nationale, kantonale und lokale Fragen harren der Entscheidung. Sie sollen nach «alter Tradition» vom Volk entschieden werden. Denn was das Volk entscheidet, wird gemeinhin als richtig und gut angesehen.

## **Permanenter Wahlkampf**

Als das Gesetzesreferendum und später die Volksinitiative in die Bundesverfassung aufgenommen wurden, galten sie als eher seltene Oppositionsrechte. Sie wurden auch kaum angerufen. Für die Volksinitiative, die 1891 Einzug in die Verfassung hielt, mussten 50 000 Unterschriften beschafft werden. Das waren damals 7.6 % aller Stimmberechtigten. Eine hohe Zahl. Nach der Einführung des Frauenstimmrechts wurde die Zahl richtigerweise auf 100 000 angepasst. Dafür benötigt eine gültige Initiative wegen des Bevölkerungswachstums heute – nach Zahlen der NZZ – nur mehr 1.92 % der Unterschriften aller Stimmberechtigten. Es ist somit wesentlich einfacher geworden, auf Bundesebene direktdemokratische Entscheidungen herbeizuführen. Gewisse Parteien nutzen diese Möglichkeit gezielt, um permanent «Wahlkampf» führen zu können. Verschaffen Initiativen und Referenden doch Aufsehen, Diskussionsstoff, Auftritte, mediale Präsenz sowie eine Schärfung des Parteiprofils.

## **Politikverdrossenheit?**

Gefährlich ist, dass die vielen Abstimmungen allseits Kräfte und Ressourcen binden, die parlamentarische Arbeit beeinträchtigen und möglicherweise auch das Stimmvolk «müde» machen. Wir erwarten nicht nur, dass die Stimmberechtigten alle vier Jahre wählen, sondern sich in Kenntnis der Fakten und der Konsequenzen auch permanent mit Sachgeschäften aller politischen Ebenen auseinandersetzen. Das ist nobel und zeugt von einem urdemokratischen Vertrauen in das Volk, dessen Interesse an der Politik und seiner aktiven Partizipation. Andererseits ist der Aufwand für alle enorm. Deshalb sei die Frage erlaubt, ob die Unterschriftenzahlen nicht erhöht oder die Sammelfristen gekürzt werden sollten? Die Oppositionsrechte blieben auch mit höheren Zahlen oder kürzeren Fristen gewahrt. Dafür wäre die ungebremste Initiativflut zur Erleichterung aller etwas eingegrenzt.



*Dr. Sven Bradke  
Wirtschafts- und  
Kommunikationsberater  
Geschäftsführer Media-  
polis AG, St.Gallen*